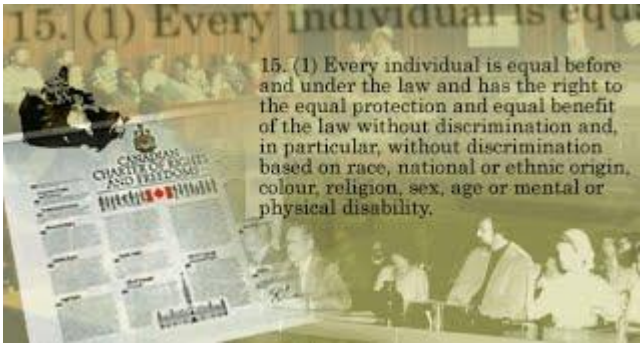
Gesetzgebungen

„Jeder, der Ihr Gehirn/Ihren Verstand/Ihre Mentalität ohne Ihr Einverständnis mit Mengele-ähnlichen Methoden verletzt, ist ein Nazi-Schwein. Es ist Ihnen egal, was ein Nazi-Schwein denkt. Die Meinung eines Nazi-Schweins ist Ihnen egal. Sie reagieren nicht darauf, wenn ein Nazi-Schwein Sie lächerlich macht, bedroht, versucht, Sie abzulenken oder Sie auf andere Weise zu manipulieren. Sie arbeiten daran, ein Nazi-Schwein hängen zu lassen.“ – Allen Barker , NPT-Theorem

- Gesetzgebungen

Gesetzgebungen



TI – Targeted Individual – ist eine Person, die von

einer Gruppe von Personen, den sogenannten „Tätern“, mit OSEH zum Zweck von Menschenversuchen ins Visier genommen wird.

OSEH (Organized Stalking Electronic Harassment) sind Methoden, die von Tätern eingesetzt werden, um gezielt eine bestimmte Person anzugreifen und ihr Schaden zuzufügen oder sie möglicherweise zu töten.

DEW – Direct Energy Weapon – sind Geräte, die für OSEH-Zwecke verwendet werden. Waffen können Mikrowellen mit Zellfrequenzen, V2K oder andere elektronische und Hörgeräte sein.

V2K – Voice to Skull Device – ist eine Waffe zur Übertragung von Stimmen mit niedrigen oder hohen Frequenzen. Stimmen können für Befehle oder Belästigungen verwendet werden und können wie die eigene Stimme des TI aussehen. V2K kann auch verwendet werden, um Träume zu induzieren oder zu manipulieren oder den Schlaf des TI zu unterbrechen.

Derzeit gibt es in Kanada vier wichtige Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte: die Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten, das Kanadische Menschenrechtsgesetz, die Kanadische Menschenrechtskommission sowie die Menschenrechtsgesetze und -vorschriften der Provinzen.

Die Menschenrechtsfrage in Kanada ist im Vergleich zu anderen Ländern nicht besonders umstritten. Die meisten Kanadier glauben, dass das Land ein starker Befürworter und positives Vorbild für die Menschenrechte im Rest der Welt ist. So war Kanada beispielsweise 2005 mit der Verabschiedung des Civil Marriage Act das vierte Land weltweit, das die gleichgeschlechtliche Ehe landesweit legalisierte.

Kanada muss sich mit einigen Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzen, die von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen verurteilt wurden. So erlauben einige Provinzen beispielsweise immer noch die Nutzung religiös getrennter Schulen. Auch die Behandlung der kanadischen First Nations (Aborigines) und von Menschen mit Behinderungen wird weiterhin kritisiert. Eine Kopie des kanadischen Menschenrechtsgesetzes finden Sie hier:

KLICKEN SIE HIER

Seit der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 hat die kanadische Regierung versucht, die universellen Menschenrechte zu einem Teil des kanadischen Rechts zu machen.

Die Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten ist Teil der kanadischen Verfassung und schützt die Bürger vor Menschenrechtsverletzungen. Die Charta legt die Werte fest, nach denen die Kanadier leben, und beschreibt die persönlichen Menschenrechte und Freiheiten, die die Bürger in diesem Land erwarten können. Dazu gehören:

- Das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit
- Gewissens- und Religionsfreiheit
- Gedanken-, Glaubens-, Meinungs- und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit der Presse und anderer Medien
- Freiheit, friedliche Versammlungen abzuhalten
- Freiheit, Gruppen beizutreten
- Schutz vor unangemessener Durchsuchung oder Beschlagnahme sowie ungerechtfertigter Festnahme und Inhaftierung
- Das Recht, bis zum Beweis der Schuld als unschuldig zu gelten
- Das Recht, unverzüglich einen Rechtsanwalt zu beauftragen
- Das Recht auf ein faires Verfahren im Rahmen eines ordnungsgemäßen Gerichtsverfahrens
- Das Recht auf gleichen Schutz und gleiche Leistungen durch das Gesetz, ohne Diskriminierung

In der Provinz Ontario werden die Menschenrechte durch den Ontario Human Rights Code geschützt. Es handelt sich um ein Provinzgesetz, das allen Bürgern der Provinz gleiche Rechte und Chancen ohne Diskriminierung in bestimmten Bereichen wie Arbeit, Wohnen und Dienstleistungen gewährt. Ziel des Codes ist es, Diskriminierung und Belästigung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung und Alter, um nur einige der sechzehn Gründe zu nennen, zu verhindern.

Der Kodex war eines der ersten Gesetze dieser Art in Kanada. Vor 1962 befassten sich verschiedene Gesetze mit unterschiedlichen Formen der Diskriminierung. Der Kodex fasste sie in einem Gesetz zusammen und fügte einige neue Schutzbestimmungen hinzu. Der Kodex wird von der Ontario Human Rights Commission verwaltet und durchgesetzt. Die endgültige Entscheidung über eine Beschwerde trifft jedoch ein unabhängiges Gremium, das sogenannte Untersuchungsgremium.

Der Kodex gliedert sich in eine Einleitung, die Präambel, gefolgt von fünf Teilen. Teil 1 legt die grundlegenden Rechte und Pflichten dar. Teil II erläutert, wie der Kodex ausgelegt und angewendet wird. Teil III erläutert die Rolle und Struktur der Kommission und Teil IV erläutert, wie der Kodex durchgesetzt wird. Teil V behandelt schließlich allgemeine Fragen wie die Befugnis zur Verordnungserteilung. Der Kodex gilt nicht für bundesweit regulierte Aktivitäten. Diese unterliegen dem kanadischen Menschenrechtsgesetz. – Quelle:

Wikipedia

Verwandte Artikel: Aufbau einer gerechten Gesellschaft: Ein Rückblick auf die kanadischen Rechte und Freiheiten

Kanadische Gesetzgebungen

1. Betroffene Personen erleben in der Regel mehrere Phasen der Belästigung. Die strafrechtliche Belästigung gemäß Paragraph 264 des kanadischen Strafgesetzbuchs konzentriert sich auf die Anfangsphase. Das Gesetz befasst sich mit der Sicherheit der Opfer sowie mit verbotenem Stalking. Obwohl der Paragraph keine direkte oder indirekte Belästigung durch Voice-to-Skull-Angriffe erwähnt, wird darin von „unerbittlicher Kommunikation“ der Täter gesprochen. Indirekte Belästigungen können in Form von Mikrowellen-/Voice-to-Skull-Angriffen eingesetzt werden, die TI in der Regel in den späteren Phasen ihrer Belästigungen erleben.

> **Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 264 – Kriminelle Belästigung**
> Niemand darf ohne gesetzliche Befugnis und in dem Wissen, dass eine andere Person belästigt wird, oder ohne Rücksicht darauf, ob die andere Person belästigt wird, ein in Absatz (2) genanntes Verhalten an den Tag legen, das bei dieser anderen Person unter allen Umständen begründeten Anlass zur Angst um ihre Sicherheit oder die Sicherheit von ihr bekannten Personen gibt.
>
> Verbotenes Verhalten – Das in Absatz (1) genannte Verhalten besteht darin, (a) der anderen Person oder einer ihr bekannten Person wiederholt von Ort zu Ort zu folgen; (b) wiederholt direkt oder indirekt mit der anderen Person oder einer ihr bekannten Person zu kommunizieren; (c) das Wohnhaus oder den Ort, an dem die andere Person oder eine ihr bekannte Person wohnt, arbeitet, geschäftlich tätig ist oder sich gerade aufhält, zu belagern oder zu beobachten; oder (d) sich gegenüber der anderen Person oder einem Mitglied ihrer Familie bedrohlich zu verhalten. Strafe (3) Wer gegen diesen Abschnitt verstößt, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird.

2. Betroffene Personen werden in der Regel durch Drohungen ihrer Peiniger belästigt. Diese können direkt oder indirekt erfolgen. Im weiteren Verlauf der Belästigung kommt die elektronische Belästigung mittels „Voice to Skull“ (Mikrowellen-Niederfrequenz-/Hochfrequenz-Technologie) zum Einsatz. Diese elektronische Übertragung von Belästigungen umfasst Drohungen und simulierte körperliche Angriffe. Diese indirekten Belästigungen werden von den Tätern rund um die Uhr absichtlich verübt und können als körperliche und seelische Folter angesehen werden.

> **Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 264 – Kriminelle Belästigung**
> **Aussprechen von Drohungen** 1 (1) Eine Straftat begeht, wer in irgendeiner Weise wissentlich eine Drohung ausspricht, übermittelt oder dafür sorgt, dass eine Person eine Drohung erhält, (a) eine Person zu töten oder ihr körperliche Schäden zuzufügen; (b) bewegliches oder unbewegliches Eigentum zu verbrennen, zu zerstören oder zu beschädigen; oder (c) ein Tier oder einen Vogel, der Eigentum einer Person ist, zu töten, zu vergiften oder zu

verletzen. Strafe (2) Wer eine Straftat nach Absatz (1)(a) begeht, macht sich schuldig (a) einer strafbaren Handlung und wird mit Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird und mit Freiheitsstrafe von bis zu achtzehn Monaten bestraft wird.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 269 – Folter
(1) Jeder Amtsträger oder jede Person, die auf Veranlassung oder mit ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis eines Amtsträgers handelt und eine andere Person foltert, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit Freiheitsstrafe von bis zu vierzehn Jahren bestraft werden. **Als Folter** gilt jede Handlung oder Unterlassung, durch die eine Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, (a) um (i) von der Person oder einem Dritten eine Information oder Aussage zu erlangen, (ii) um die Person für eine von ihr oder einem Dritten begangene oder mutmaßlich begangene Handlung zu bestrafen und (iii) um die Person oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen, oder (b) aus einem auf Diskriminierung jeglicher Art beruhenden Grund; der Ausdruck „Folter“ schließt jedoch keine Handlungen oder Unterlassungen ein, die sich ausschließlich aus rechtmäßigen Sanktionen ergeben, mit diesen verbunden sind oder damit einhergehen.

3. Betroffene Personen erfahren in der Regel Belästigungen durch ihre Angehörigen. Ihr volles Wissen (von der Belästigung) wird in den Abschnitten 219 und 220 des Strafgesetzbuches erläutert. Diese Abschnitte erläutern die Missachtung des Lebens und der Sicherheit anderer Personen sowie das Wegsehen beim Miterleben von Belästigungen und/oder Straftaten.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 219, 220 – Kriminelle Fahrlässigkeit
Wenn eine Person mens rea (Wissen) hat, dass eine Straftat begangen wurde, wird oder wird. Dazu gehört auch vorsätzliche Blindheit oder Fahrlässigkeit. (Mens rea – Vorsatz im Strafrecht. Als allgemeine Regel kann man sich keiner Straftat schuldig machen, wenn man unabsichtlich gegen das Gesetz verstoßen hat. Straftaten erfordern Vorsatz oder Rücksichtslosigkeit. Von dieser allgemeinen Regel gibt es zahlreiche Ausnahmen.) 219. (1) Strafbar fahrlässig handelt, wer (a) indem er etwas tut oder (b) indem er etwas unterlässt, was seine Pflicht ist, und dabei mutwillige oder rücksichtslose Missachtung des Lebens oder der Sicherheit anderer Personen zeigt. Definition von „Pflicht“ (2) Im Sinne dieses Abschnitts bezeichnet „Pflicht“ eine gesetzlich auferlegte Pflicht. 220. Wer durch kriminelle Fahrlässigkeit den Tod eines anderen Menschen verursacht, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann (a) bei der Begehung der Straftat eine Schusswaffe verwenden, mit lebenslanger Freiheitsstrafe und einer Mindeststrafe von vier Jahren bestraft werden; und (b) in allen anderen Fällen mit lebenslanger Freiheitsstrafe.

4. Zielpersonen erleben normalerweise körperliche Angriffe durch direkte Energiewaffen und indirekt durch die Übertragung von Stimme zu Schädel, normalerweise wenn sie durch Simulationen körperlicher Angriffe in Träume versetzt werden. TI erlebt normalerweise das Gefühl, als würde ihnen jemand auf den Kopf schlagen und Vibrationen in verschiedenen Körperteilen.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 265, 266 – Körperverletzung
265: Eine Person begeht einen Angriff, wenn sie: (a) ohne Einwilligung einer anderen Person vorsätzlich direkt oder indirekt Gewalt gegen diese andere Person anwendet; (b) durch eine

Handlung oder Geste versucht oder damit droht, einer anderen Person Gewalt anzutun, wenn sie gegenwärtig in der Lage ist, ihr Ziel zu erreichen, oder wenn sie bei der anderen Person aufgrund begründeter Annahmen davon ausgeht, dass sie dazu in der Lage ist. 266: Wer einen Angriff begeht, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird.

5. Betroffene Personen sind in der Regel körperlichen Angriffen durch Täter ausgesetzt, die technologische Waffen einsetzen, die von vielen als nichttödlich angesehen werden, da sie gewaltfrei verlaufen und der Zustand bzw. Tod der Opfer als natürliche Ursache angesehen wird. Betroffene Personen erleiden in der Regel körperliche Schäden, die als schwere Körperverletzung gelten. Die Folgen sind Wunden, Verstümmelungen, Entstellungen, starke Schmerzen und psychische Erkrankungen durch indirekte Folter (Stimme auf Schädel) und indirekte/geräuschlose Waffen (direkte Energiewaffen).

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 267 – Waffen
(a) eine Waffe oder eine Nachahmung einer solchen trägt, verwendet oder mit der Verwendung einer solchen droht oder (b) dem Beschwerdeführer Körperverletzung zufügt, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zehn Jahren bestraft werden oder einer Straftat, die im Schnellverfahren geahndet wird und mit einer Freiheitsstrafe von höchstens achtzehn Monaten bestraft wird.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 268 – Schwere Körperverletzung
(1) Eine schwere Körperverletzung begeht, wer den Kläger verletzt, verstümmelt, entstellt oder sein Leben gefährdet. (2) Wer eine schwere Körperverletzung begeht, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu vierzehn Jahren bestraft werden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 269 – Körperverletzung
Wer einer Person widerrechtlich körperliche Schäden zufügt, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zehn Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren geahndet wird und mit einer Freiheitsstrafe von höchstens achtzehn Monaten bestraft wird.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 244 – Mit Vorsatz
(1) Eine Straftat begeht, wer eine Schusswaffe auf eine Person abfeuert mit der Absicht, diese zu verletzen, zu verstümmeln oder zu entstellen, ihr Leben zu gefährden oder ihre Festnahme oder Inhaftierung zu verhindern – unabhängig davon, ob die Schusswaffe auf diese Person abgefeuert wird oder nicht.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 244 – Luftgewehr oder Pistole
1. Jede Person, die mit der Absicht (a) eine Person zu verletzen, zu verstümmeln oder zu entstellen, (b) das Leben einer Person zu gefährden oder (c) die Festnahme oder Inhaftierung einer Person zu verhindern, eine Luft- oder Druckgaswaffe oder -pistole auf eine Person abfeuert, unabhängig davon, ob es sich bei dieser Person um die in Absatz (a), (b) oder (c) genannte Person handelt oder nicht, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann

mit einer Freiheitsstrafe von höchstens vierzehn Jahren bestraft werden.

6. Betroffene Personen erleiden Lebensmittelvergiftungen und andere schädliche Inhalationsstoffe, die normalerweise an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrer Wohnung versprüht werden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 245 – Verabreichung schädlicher Dinge
Wer einer Person Gift oder andere zerstörerische oder schädliche Mittel verabreicht oder verabreichen lässt oder wer eine Person dazu veranlasst, Gift oder andere zerstörerische oder schädliche Mittel einzunehmen, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann (a) mit einer Freiheitsstrafe von höchstens vierzehn Jahren bestraft werden, wenn er damit beabsichtigt, das Leben dieser Person zu gefährden oder ihr körperlichen Schaden zuzufügen; oder (b) mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren, wenn er damit beabsichtigt, dieser Person Kummer oder Ärger zu bereiten.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 246 – Mit Vorsatz
Wer in der Absicht, sich selbst oder einer anderen Person die Begehung einer strafbaren Handlung zu ermöglichen oder dabei zu helfen, (a) versucht, eine andere Person auf irgendeine Weise zu würgen, zu ersticken oder zu erdrosseln, oder der versucht, eine andere Person auf irgendeine Weise, die zum Würgen, Ersticken oder Erwürgen geeignet ist, bewusstlos oder widerstandsunfähig zu machen, oder (b) einer Person ein betäubendes oder betäubendes Mittel, eine Substanz oder ein Ding verabreicht oder verabreichen lässt, oder versucht, einer Person ein solches Mittel zu verabreichen, oder eine Person dazu veranlasst oder versucht, sie dazu zu bringen, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden.

7. Zielpersonen erleiden normalerweise Verletzungen durch Ereignisse, die wie Unfälle aussehen, in Wirklichkeit aber von den Tätern inszeniert, in die Falle gelockt und geplant wurden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 247
Fallen, die wahrscheinlich Körperverletzungen verursachen (1) Einer Anklagehandlung schuldig und mit Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren bestraft wird, wer in der Absicht, Tod oder Körperverletzung einer Person herbeizuführen, ob dies nun festgestellt wird oder nicht, (a) eine Falle, Vorrichtung oder einen anderen Gegenstand aufstellt oder platziert, der wahrscheinlich Tod oder Körperverletzung einer Person herbeiführt; oder (b) von einem Ort aus wissentlich zulässt, dass eine solche Falle, Vorrichtung oder der andere Gegenstand an diesem Ort verbleibt. Körperverletzung: (2) Wer eine Straftat nach Absatz (1) begeht und dadurch einer anderen Person Körperverletzung zufügt, macht sich einer Anklagehandlung schuldig und mit Freiheitsstrafe von höchstens zehn Jahren bestraft.…Tod (5) Wer eine Straftat nach Absatz (1) begeht und dadurch den Tod einer anderen Person verursacht, macht sich einer Anklagehandlung schuldig und mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 248 – Mit Vorsatz
Wer in der Absicht, die Sicherheit einer Person zu gefährden, auf einem Grundstück, das für den Transport von Personen oder Gütern zu Land, zu Wasser oder in der Luft genutzt wird oder damit in Zusammenhang steht, etwas abstellt oder damit etwas tut, das wahrscheinlich zum Tod oder zu körperlichen Schäden von Personen führt, macht sich einer strafbaren Handlung

schuldig und kann mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden.

8. Bei den betroffenen Personen kommt es häufig vor, dass bei ihnen fälschlicherweise eine psychische Erkrankung diagnostiziert wird, und sie stehen meist unter der Aufsicht eines zugewiesenen Vormunds. Täter nutzen diese Situation normalerweise aus und setzen den Vormund unter Druck oder Einfluss, damit er Verbrechen begeht. Dies entbindet sie jedoch nicht von der Pflicht, das Leben oder die Sicherheit der Opfer zu schützen.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 215
Pflichten zur Lebenserhaltung – Pflicht zur Besorgung des Lebensunterhalts 215 (1) Jeder ist gesetzlich verpflichtet, (a) als Elternteil, Pflegeelternteil, Vormund oder Familienoberhaupt für ein Kind unter sechzehn Jahren für den Lebensunterhalt zu sorgen; (b) seinem Ehegatten oder Lebenspartner für den Lebensunterhalt zu sorgen; und (c) einer ihm anvertrauten Person für den Lebensunterhalt zu sorgen, wenn diese Person (i) aufgrund von Haft, Alter, Krankheit, Geistesstörung oder aus anderen Gründen nicht in der Lage ist, sich dieser Obhut zu entziehen, und (ii) nicht in der Lage ist, selbst für den Lebensunterhalt zu sorgen.

Straftat (2) Eine Straftat begeht, wer trotz einer gesetzlichen Verpflichtung im Sinne von Absatz (1) diese Verpflichtung ohne rechtmäßige Entschuldigung, deren Beweis er obliegt, nicht erfüllt, sofern (a) hinsichtlich einer Verpflichtung gemäß Absatz (1)(a) oder (b) (i) die Person, der die Verpflichtung obliegt, sich in Not oder in Not befindet, oder (ii) die Nichterfüllung der Verpflichtung das Leben der Person, der die Verpflichtung obliegt, gefährdet oder eine dauerhafte Gefährdung ihrer Gesundheit verursacht oder verursachen kann, oder (b) hinsichtlich einer Verpflichtung gemäß Absatz (1)(c) die Nichterfüllung der Verpflichtung das Leben der Person, der die Verpflichtung obliegt, gefährdet oder eine dauerhafte Schädigung ihrer Gesundheit verursacht oder verursachen kann. Strafe: (3) Wer eine Straftat gemäß Absatz (2) begeht, (a) macht sich einer Anklage schuldig und kann mit Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden; oder (b) sich einer Straftat schuldig gemacht hat, die im Schnellverfahren geahndet werden kann und mit einer Freiheitsstrafe von höchstens achtzehn Monaten geahndet werden kann.

9. Arbeitgeber von Zielpersonen, die Kenntnis von der Belästigung und den elektronischen Geräten haben, die zu ihrer Schädigung eingesetzt wurden, sind gemäß Abschnitt 217 des kanadischen Strafgesetzbuchs verpflichtet, diese Person vor körperlichen Schäden zu schützen oder diese zu verhindern.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 217
Jeder, der die Aufgabe übernimmt oder die Befugnis dazu hat, einer anderen Person Anweisungen für die Ausführung einer Arbeit oder Aufgabe zu erteilen, ist gesetzlich verpflichtet, angemessene Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, dass diese oder eine andere Person durch die Arbeit oder Aufgabe körperlich geschädigt wird.

10. Das Schicksal der Opfer endet mit Mord. Da die meisten Opfer von Morden von einer Gruppe von Personen begangen werden, spricht das kanadische Strafgesetzbuch von einer „kriminellen Organisation“, wenn die Mordtat unter der Leitung einer bestimmten Gruppe steht.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 222

(1) Eine Person begeht einen Mord, wenn sie direkt oder indirekt, auf irgendeine Weise, den Tod eines Menschen verursacht. Mord – kriminelle Organisation. (6.1) Unabhängig davon, ob ein Mord von einer Person geplant und vorsätzlich begangen wird, handelt es sich bei Mord um vorsätzlichen Mord, wenn (a) die Person den Tod zum Nutzen einer kriminellen Organisation, auf deren Anweisung oder in Verbindung mit dieser herbeiführt; oder (b) die Person den Tod im Rahmen der Begehung oder des Versuchs der Begehung einer nach diesem oder einem anderen Parlamentsgesetz strafbaren Handlung zum Nutzen einer kriminellen Organisation, auf deren Anweisung oder in Verbindung mit dieser herbeiführt.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 240

Beihilfe zum Mord – Wer Beihilfe zum Mord leistet, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden.

11. Betroffene Personen begingen in der Regel Selbstmord als Folge von „Voice to Skull“ und anderer psychologischer Belästigung. Diese Akte der Beihilfe/Anstiftung zum Selbstmord, in der Regel durch „Voice to Skull“-Technologien, fallen unter Paragraph 241 des kanadischen Strafgesetzbuches.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 241

Suizidberatung oder **Beihilfe zum Suizid** – Wer (a) einer Person zum Suizid rät oder (b) einer Person beim Suizid hilft oder sie dazu anstiftet, unabhängig davon, ob es zum Suizid kommt oder nicht, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens vierzehn Jahren bestraft werden.

12. Betroffene Personen sind normalerweise direkt oder indirekt sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Direkt, indem sie zu sexuellen Handlungen unter Substanzeinfluss beeinflusst/angeleitet werden und/oder indem sie von ihren Betreuern psychologisch vorgeprägt werden. Indirekt, durch Stimme am Schädel oder Mikrowellen-Niederfrequenzen, mit unerbittlicher Belästigung wegen ihrer sexuellen Aktivitäten, Gewohnheiten und Vergangenheit und indem sie lächerlich gemacht/in Verlegenheit gebracht werden. Durch den Einsatz von Energiewaffen erfahren betroffene Personen normalerweise Angriffe auf die Genitalien.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 271 – Sexuelle Nötigung

(1) Wer einen sexuellen Übergriff begeht, macht sich schuldig (a) einer strafbaren Handlung und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zehn Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird und mit einer Freiheitsstrafe von höchstens achtzehn Monaten bestraft wird.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 272 Sexuelle Nötigung

Sexueller Übergriff mit einer Waffe, Bedrohung Dritter oder Zufügung von Körperverletzung – . (1) Eine Straftat begeht, wer bei der Begehung eines sexuellen Übergriffs (a) eine Waffe oder eine Waffenimitation trägt, verwendet oder mit der Verwendung droht; (b) damit droht, einer anderen Person als dem Anzeigeerstatter Körperverletzung zuzufügen; (c) dem Anzeigeerstatter Körperverletzung zufügt; oder (d) gemeinsam mit einer anderen Person an der Straftat beteiligt ist.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 273 – Schwerer sexueller Übergriff
(1) Eine schwere sexuelle Nötigung begeht, wer bei der Begehung der sexuellen Nötigung den Anzeigeerstatter verletzt, verstümmelt, entstellt oder in Lebensgefahr bringt.

13. Betroffene Personen erleben in der Regel eine spürbare Verhaltensänderung in ihrem Umfeld, da die Täter Rufmord betreiben, sie diffamieren oder direkt oder indirekt in die Öffentlichkeit dringen, um den Ruf oder Charakter der betroffenen Person in Frage zu stellen. Andere Personen können von den Betreuern der betroffenen Personen im Austausch für deren Kooperation profitieren. Dies kann durch kleine Aktionen wie das Herumlaufen vor dem Haus, das Hupen von Autos oder das laute Zuschlagen von Autotüren in der Nähe oder in der Anfangsphase der Informationsbeschaffung geschehen.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 298, 300, 301 – Verleumderische Beleidigung
298. (1) Eine diffamierende Verleumdung ist eine ohne gesetzliche Rechtfertigung oder Entschuldigung veröffentlichte Sache, die geeignet ist, den Ruf einer Person zu schädigen, indem sie diese Hass, Verachtung oder Spott aussetzt, oder die darauf abzielt, die Person, von der sie veröffentlicht wird oder über die sie veröffentlicht wird, zu beleidigen. Ausdrucksweise (2) Eine diffamierende Verleumdung kann unmittelbar oder durch Andeutung oder Ironie (a) in leserlich auf irgendeinem Stoff angebrachten Worten ausgedrückt werden; oder (b) durch einen Gegenstand, der auf andere Weise als durch Worte eine diffamierende Verleumdung zum Ausdruck bringt. 300. Wer eine diffamierende Verleumdung veröffentlicht, von der er weiß, dass sie falsch ist, macht sich einer Anklage schuldig und kann mit Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren bestraft werden. 301 – Strafe für diffamierende Verleumdung – Wer eine diffamierende Verleumdung veröffentlicht, macht sich einer Anklage schuldig und kann mit Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren bestraft werden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 302 – Erpressung durch Verleumdung
Eine Straftat begeht, wer in der Absicht, (a) von einer Person Geld zu erpressen oder (b) eine Person dazu zu bewegen, einer anderen Person eine Stelle oder ein Amt mit Gewinn oder Vertrauen zu verleihen oder zu verschaffen, eine diffamierende Verleumdung veröffentlicht, mit der Veröffentlichung droht oder anbietet, von der Veröffentlichung abzusehen oder die Veröffentlichung einer solchen zu verhindern. Strafe – Wer eine Straftat nach diesem Abschnitt begeht, macht sich einer Anklage schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren bestraft werden.

14. Die Zielpersonen werden nach den Gründen für all die Schikanen und deren Folgen gefragt. Ein gut informierter Informant wird letztendlich zu dem Schluss kommen, dass es für ihre missliche Lage keine logische Erklärung gibt, da die Täter niemals logische Schlussfolgerungen akzeptieren und ihre bösartigen Aktivitäten um jeden Preis fortsetzen. Die Schikanen, ob direkt oder indirekt, beinhalten normalerweise das Verspotten, Beleidigen und Herabwürdigen der Zielpersonen und aller ihrer Merkmale wie Religion, ethnische Herkunft und sexuelle Orientierung. Die Schikanierungsprotokolle beinhalten das Zuordnen einer identifizierbaren Gruppe zu einer anderen, einer Religion zu einer anderen oder einer politischen Gruppe zu einer anderen, um Reaktionen der Zielpersonen hervorzurufen oder zu provozieren. Und da die Schikanen über Satellit ausgestrahlt werden, gelten sie als „öffentliche Aufstachelung zum Hass“.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 318, 319 – Hasspropaganda
Definition von „identifizierbarer Gruppe“ (4) In diesem Abschnitt bedeutet „identifizierbare Gruppe“ jeden Teil der Öffentlichkeit, der sich durch Hautfarbe, Rasse, Religion, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung auszeichnet. Öffentliche Aufstachelung zum Hass – 319. (1) Wer durch die Abgabe von Erklärungen an einem öffentlichen Ort zum Hass gegen eine identifizierbare Gruppe aufstachelt, wenn eine solche Aufstachelung wahrscheinlich zu einer Störung des öffentlichen Friedens führt, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird.

Vorsätzliche Förderung von Hass – (2) Wer durch die Übermittlung von Aussagen, die nicht in privaten Gesprächen erfolgen, vorsätzlich Hass gegen eine identifizierbare Gruppe fördert, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die mit einer summarischen Verurteilung geahndet wird.

Gesetz über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen
„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet Mord, Ausrottung, Versklavung Deportation, Inhaftierung, Folter, sexuelle Gewalt, Verfolgung oder jede andere unmenschliche Handlung oder Unterlassung, die an einer Zivilbevölkerung oder einer identifizierbaren Gruppe begangen wird und die zum Zeitpunkt und am Ort ihrer Begehung gemäß Völkergewohnheitsrecht oder konventionellem Völkerrecht oder aufgrund ihrer Strafbarkeit gemäß den von der Staatengemeinschaft anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, unabhängig davon, ob sie einen Verstoß gegen das zum Zeitpunkt und am Ort ihrer Begehung geltende Recht darstellt oder nicht. „Völkermord“ bezeichnet eine Handlung oder Unterlassung, die in der Absicht begangen wird, eine identifizierbare Gruppe von Personen als solche ganz oder teilweise zu vernichten, und die zum Zeitpunkt und am Ort ihrer Begehung gemäß Völkergewohnheitsrecht oder konventionellem Völkerrecht oder aufgrund ihrer Strafbarkeit gemäß den von der Staatengemeinschaft anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen einen Völkermord darstellt, unabhängig davon, ob sie einen Verstoß gegen das zum Zeitpunkt und am Ort ihrer Begehung geltende Recht darstellt oder nicht.

15. Zielpersonen erleben im Zuge der Belästigung die Zerstörung ihres Privateigentums. Sie bemerken und entdecken, dass alle ihre Socken Löcher bekommen. Die Reißverschlüsse ihrer Jacken sind zerstört und sogar Dinge, die für manche wertlos, für die Zielperson aber wichtig sind, verschwinden. Diese Dinge tauchen nach kurzer Zeit wieder auf. Zielpersonen, die Schriftsteller/Künstler sind, erleben die Zerstörung ihrer Werke. Im weiteren Verlauf der Belästigung werden künstliche Träume über Satellit ausgestrahlt, die ihnen Informationen einflüstern und sie ihrer natürlichen Träume berauben, was als Diebstahl gewertet werden kann. Träume werden von manchen als geistiges Eigentum betrachtet, obwohl es hierzu weder Gesetze noch Informationen gibt.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 348
Vorsätzliches Einbrechen, Begehen einer Straftat oder Ausbrechen – 348. (1) Wer (a) in einen Ort einbricht und ihn betritt, um dort eine strafbare Handlung zu begehen, (b) in einen Ort

einbricht und dort eine strafbare Handlung begeht oder (c) aus einem Ort ausbricht, nachdem er (i) dort eine strafbare Handlung begangen hat oder (ii) den Ort mit der Absicht betritt, dort eine strafbare Handlung zu begehen, macht sich schuldig (d) wenn die Straftat in Bezug auf ein Wohnhaus begangen wird, einer strafbaren Handlung, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft wird, und (e) wenn die Straftat in Bezug auf einen anderen Ort als ein Wohnhaus begangen wird, einer strafbaren Handlung, die mit Freiheitsstrafe von höchstens zehn Jahren bestraft wird, oder einer Straftat, die im Schnellverfahren bestraft wird.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 321, 322 – Eigentumsrechte

Diebstahl – 322. (1) Diebstahl begeht, wer in betrügerischer Absicht und ohne Anschein eines Rechts etwas, ob belebt oder unbelebt, an sich nimmt oder in betrügerischer Absicht und ohne Anschein eines Rechts zu seinem Gebrauch oder dem Gebrauch einer anderen Person übergibt, mit der Absicht, (a) den Eigentümer der Sache oder eine Person, die ein besonderes Eigentum oder Interesse daran hat, vorübergehend oder endgültig der Sache oder ihres Eigentums oder Interesses daran zu berauben; (b) sie zu verpfänden oder als Sicherheit zu hinterlegen; (c) sie unter einer Bedingung bezüglich ihrer Rückgabe abzugeben, die die Person, die sie abgibt, möglicherweise nicht erfüllen kann; oder (d) mit der Sache in einer Weise zu verfahren, dass sie nicht in dem Zustand wiederhergestellt werden kann, in dem sie sich zur Zeit der Aneignung oder Übergabe befand. Zeitpunkt der Vollendung des Diebstahls (2) Eine Person begeht Diebstahl, wenn sie in der Absicht, etwas zu stehlen, es bewegt oder bewegen lässt oder beginnt, es beweglich zu machen. Geheimhaltung (3) Die Wegnahme oder Umwandlung von etwas kann betrügerisch sein, auch wenn sie ohne Geheimhaltung oder den Versuch einer Verschleierung erfolgt. Zweck der Wegnahme (4) Für die Zwecke dieses Gesetzes ist die Frage, ob etwas, das umgewandelt wird, zum Zweck der Umwandlung weggenommen wird oder ob es sich zum Zeitpunkt der Umwandlung im rechtmäßigen Besitz der Person befindet, die es umwandelt, nicht von Bedeutung.

16. Betroffene Personen erleben im Zuge der Belästigung die Zerstörung ihres Privateigentums. Sie stellen fest, dass alle ihre Computerdateien verändert oder verloren gegangen sind. Auch Computerabstürze sind häufig. Sie erhalten Junk-Mails von verschiedenen E-Mail-Anbietern. Ihre Internetnutzung, einschließlich der besuchten Webseiten und der empfangenen/versendeten E-Mails, wird überwacht. All diese Internetinformationen werden von den Tätern für ihre Belästigungsprotokolle verwendet. Betroffene Personen erleben zudem elektromagnetische Strahlung, die von ihrem Computer ausgeht, meist im späteren Stadium der Belästigung, sowie akustische Belästigungen, wie das Hören irrelevanter Stimmen in der Musik oder anderen Medien, die sie ansehen/verwenden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitte 342, 430

Unbefugte Computernutzung – 342.1 (1) Wer in betrügerischer Absicht und ohne Anschein eines Rechts (a) sich direkt oder indirekt einen Computerdienst verschafft, (b) mittels eines elektromagnetischen, akustischen, mechanischen oder sonstigen Geräts direkt oder indirekt eine Funktion eines Computersystems abfängt oder abfangen lässt, (c) direkt oder indirekt ein Computersystem mit der Absicht nutzt oder nutzen lässt, eine Straftat gemäß Absatz (a) oder (b) oder eine Straftat gemäß Abschnitt 430 in Bezug auf Daten oder ein Computersystem zu begehen, oder (d) ein Computerpasswort nutzt, besitzt, damit handelt oder einer anderen Person Zugriff darauf gewährt, das es einer Person ermöglichen würde, eine Straftat gemäß

Absatz (a), (b) oder (c) zu begehen, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren bestraft werden, oder er macht sich einer Straftat schuldig, die im Schnellverfahren geahndet wird.

Definitionen (2) In diesem Abschnitt bezeichnet der Ausdruck „elektromagnetisches, akustisches, mechanisches oder sonstiges Gerät“ jedes Gerät oder jede Vorrichtung, die zum Abhören von Funktionen eines Computersystems verwendet wird oder verwendet werden kann, jedoch nicht ein Hörgerät, das zur Korrektur eines verminderten Hörvermögens des Benutzers auf ein Niveau verwendet wird, das nicht besser als das normale Hörvermögen ist; „Abhören“ umfasst das Abhören oder Aufzeichnen einer Funktion eines Computersystems oder das Erfassen von deren Inhalt, Bedeutung oder Sinn.

17. Betroffene Personen erleben Veränderungen bei der Zustellung ihrer E-Mails sowie E-Mails, die auffällig ohne ihre Zustimmung geöffnet werden. Sie erhalten außerdem eine Reihe von Junk-Mails, die auffällig auf ihren Charakter oder ähnliches abgestimmt sind, um das Gefühl zu erwecken, dass jemand sie ausspioniert hat, was zu induzierter Paranoia führt.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 345
Vorsätzliches Anhalten von Postsendungen – 345 Wer ein Posttransportmittel mit der Absicht anhält, es auszurauben oder zu durchsuchen, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden.

18. Betroffene Personen werden belästigt, indem die Täter die Identität der betroffenen Personen annehmen. In der Regel soll durch die Identitätswechsel im weiteren Verlauf der Belästigung der Eindruck erweckt werden, die betroffenen Personen seien von den Belästigungen betroffen. Dies ist wichtig, da diese Belästigungen in der Regel über Satellit oder Internet ausgestrahlt werden.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 361 Vortäuschen falscher Tatsachen
Definition von **„Identitätsinformationen“** 402.1 Für die Zwecke der Abschnitte 402.2 und 403 bezeichnet der Begriff „Identitätsinformationen“ alle Informationen – einschließlich biologischer oder physiologischer Informationen –, die üblicherweise allein oder in Kombination mit anderen Informationen verwendet werden, um eine Person zu identifizieren oder vorzutäuschen, dass sie identifiziert wird, einschließlich Fingerabdruck, Stimmabdruck, Netzhautbild, Irisbild, DNA-Profil, Name, Adresse, Geburtsdatum, handschriftliche Unterschrift, elektronische Signatur, digitale Signatur, Benutzername, Kreditkartennummer, Debitkartennummer, Kontonummer eines Finanzinstituts, Passnummer, Sozialversicherungsnummer, Krankenversicherungsnummer, Führerscheinnummer oder Passwort.

402.2 (1) Eine Straftat begeht, wer wissentlich Identitätsinformationen einer anderen Person unter Umständen erlangt oder besitzt, die den begründeten Schluss zulassen, dass diese Informationen zur Begehung einer strafbaren Handlung verwendet werden sollen, die Betrug, Täuschung oder Falschheit als Tatbestandsmerkmal enthält. (2) Eine Straftat begeht, wer Identitätsinformationen einer anderen Person übermittelt, zugänglich macht, verbreitet, verkauft oder zum Verkauf anbietet oder sie zu einem dieser Zwecke in seinem Besitz hat, und zwar in dem Wissen oder ohne Rücksicht darauf, ob diese Informationen zur Begehung einer

strafbaren Handlung verwendet werden, die Betrug, Täuschung oder Falschheit als Tatbestandsmerkmal enthält.

19. Betroffene Personen werden schikaniert, indem die Täter in dem Gebäude, in dem TI lebt oder arbeitet, einen „Feueralarm“ auslösen, der sich immer als Fehlalarm herausstellt.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 437 – Falscher Feueralarm
Sonstige Eingriffe in das Eigentum – **Falscher Feueralarm** – 437. Wer vorsätzlich und ohne triftigen Grund durch Aufschrei, Klingeln, Verwendung eines Feueralarms, Telefons oder Telegrafen oder auf sonstige Weise einen Feueralarm auslöst, verbreitet oder auslöst oder verbreiten lässt, macht sich (a) einer strafbaren Handlung schuldig und kann mit einer Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren bestraft werden; oder (b) einer Straftat, die im Schnellverfahren geahndet wird.

20. Betroffene Personen werden belästigt, wenn ihnen die Täter illegale oder unerlaubte Drogen geben oder zugänglich machen, was eindeutig darauf schließen lässt, dass die Gruppe Zugang zu illegalen Substanzen hat.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 462 – Instrumente und Literatur für den illegalen Drogenkonsum
„illegaler Drogenkonsum“ bezeichnet die Einfuhr, Ausfuhr, Herstellung, den Verkauf oder den Besitz einer kontrollierten Substanz oder eines Vorläufers entgegen dem Controlled Drugs and Substances Act oder einer aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung; 462.2 Wer wissentlich Instrumente oder Literatur für den illegalen Drogenkonsum nach Kanada einführt, aus Kanada ausführt, herstellt, bewirbt oder verkauft, macht sich strafbar und kann bei summarischer Verurteilung (a) bei einer ersten Straftat zu einer Geldstrafe von höchstens einhunderttausend Dollar oder zu einer Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten oder zu beidem verurteilt werden; oder (b) bei einer zweiten oder weiteren Straftat zu einer Geldstrafe von höchstens dreihunderttausend Dollar oder zu einer Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahr oder zu beidem.

21. Zielpersonen werden belästigt, indem die Täter Personen in ihren intimen Stunden sexueller Natur oder bei hygienischen Aktivitäten illegal per Video oder Audio aufzeichnen (Abhören) und dies öffentlich über das Internet oder über Satellit ausstrahlen, um sie zu demütigen, in Verlegenheit zu bringen und herabzusetzen.

Strafgesetzbuch von Kanada – Abschnitt 162 Voyeurismus
162. (1) Eine Straftat begeht, wer heimlich eine Person – auch mit mechanischen oder elektronischen Mitteln – beobachtet oder eine Bildaufzeichnung von ihr macht, die sich in Umständen befindet, die eine berechtigte Erwartung auf Wahrung der Privatsphäre wecken, sofern (a) sich die Person an einem Ort befindet, an dem vernünftigerweise erwartet werden kann, dass eine Person nackt ist, ihre Geschlechtsorgane, ihren Analbereich oder ihre Brüste entblößt oder eindeutig sexuelle Handlungen ausführt; (b) die Person nackt ist, ihre Geschlechtsorgane, ihren Analbereich oder ihre Brüste entblößt oder eindeutig sexuelle Handlungen ausführt und die Beobachtung oder Aufzeichnung zu dem Zweck erfolgt, eine Person in einem solchen Zustand oder bei einer solchen Handlung zu beobachten oder

aufzuzeichnen; oder (c) die Beobachtung oder Aufzeichnung zu sexuellen Zwecken erfolgt.

Definition von **„Bildaufzeichnung“** (2) In diesem Abschnitt umfasst der Beg „Bildaufzeichnung“ eine mit irgendeinem Mittel erstellte Foto-, Film- oder Videoaufzeichnung. (4) Eine Straftat begeht, wer in Kenntnis dessen, dass eine Aufzeichnung durch die Begehung einer Straftat gemäß Absatz (1) erlangt wurde, die Aufzeichnung druckt, kopiert, veröffentlicht, verbreitet, in Umlauf bringt, verkauft, bewirbt oder zugänglich macht oder die Aufzeichnung in seinem Besitz hat, um sie zu drucken, zu kopieren, zu veröffentlichen, zu verbreiten, in Umlauf zu bringen, zu verkaufen, zu bewerben oder zugänglich zu machen.

22. Betroffene Personen werden Opfer von Belästigungen, die über Satellit oder Internet ausgestrahlt werden und ihre Privatsphäre verletzen. Informationen über sie werden ohne ihre Zustimmung öffentlich gemacht, darunter Informationen über ihre Rasse, nationale oder ethnische Herkunft, Hautfarbe, Religion, Alter, Familienstand, Ausbildung, medizinische, kriminelle, finanzielle oder berufliche Vergangenheit.

Datenschutzgesetz
Erhebung personenbezogener Daten 4. Eine staatliche Einrichtung darf keine personenbezogenen Daten erheben, es sei denn, sie beziehen sich direkt auf ein Betriebsprogramm oder eine Tätigkeit der Einrichtung. Direkt zu erhebende personenbezogene Daten 5. (1) Eine staatliche Einrichtung erhebt personenbezogene Daten, die für einen Verwaltungszwecken verwendet werden sollen, wenn immer möglich direkt von der Person, auf die sich die Daten beziehen, es sei denn, die Person erteilt ihre Zustimmung dazu oder personenbezogene Daten dürfen der Einrichtung gemäß Unterabschnitt 8(2) offengelegt werden. Person ist über den Zweck zu informieren (2) Eine staatliche Einrichtung informiert jede Person, von der sie personenbezogene Daten über sie erhebt, über den Zweck, zu dem die Daten erhoben werden.

Krankenakte 28. Der Leiter einer staatlichen Einrichtung kann die Offenlegung personenbezogener Daten, die gemäß Unterabschnitt 12(1) angefordert wurden und sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit der Person beziehen, die diese Daten angefordert hat, verweigern, wenn die Prüfung dieser Daten durch die Person dem Wohl der Person zuwiderlaufen würde.

23. Die Belästigung von Zielpersonen verstößt gegen die kanadischen Menschenrechtsgesetze. Zu den schwerwiegendsten Verstößen zählen Gaslighting/Mobbing am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung und rassistisch motivierte Diskriminierung, die im kanadischen Menschenrechtsgesetz ausführlich behandelt werden. Das wichtigste Problem für die betroffenen Personen ist die Verletzung ihrer „Gedankenfreiheit“, da sie rund um die Uhr indirekt durch Stimmen, Geräusche und andere Konversationen, meist mittels Mikrowellen- oder Voice-to-Skull-Technologie, belästigt werden.

Kanadisches Menschenrechtsgesetz
Zweck 2. Der Zweck dieses Gesetzes besteht darin, die Gesetze in Kanada zu erweitern, um im Rahmen der in die Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments fallenden Angelegenheiten dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, dass alle Menschen die gleiche Chance wie andere

Menschen haben sollten, sich das Leben zu gestalten, das sie führen können und möchten, und dass ihre Bedürfnisse im Einklang mit ihren Pflichten und Verpflichtungen als Mitglieder der Gesellschaft erfüllt werden, ohne dass sie dabei durch diskriminierende Praktiken aufgrund von Rasse, nationaler oder ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Familienstand, Familienstand, Behinderung oder einer Verurteilung wegen einer Straftat, für die eine Begnadigung gewährt wurde, behindert oder daran gehindert werden.

Beschäftigung 7. Es ist eine diskriminierende Praxis, direkt oder indirekt (a) die Einstellung oder Weiterbeschäftigung einer Person zu verweigern oder (b) im Laufe des Arbeitsverhältnisses einen Arbeitnehmer aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes nachteilig zu behandeln. 8. Es ist eine diskriminierende Praxis, (a) Bewerbungsformulare jeglicher Art zu verwenden oder zu verbreiten oder (b) im Zusammenhang mit einer Beschäftigung oder einer voraussichtlichen Beschäftigung Anzeigen zu veröffentlichen oder schriftliche oder mündliche Anfragen zu stellen, die ausdrücklich oder implizit Einschränkungen, Vorgaben oder Präferenzen aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes enthalten. Arbeitnehmerorganisationen 9. (1) Es ist eine diskriminierende Praxis, wenn eine Arbeitnehmerorganisation aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes (a) eine Person von der Vollmitgliedschaft in der Organisation ausschließt; (b) ein Mitglied der Organisation ausschließt oder suspendiert; oder (c) eine Person in einer Weise einzuschränken, zu isolieren, zu klassifizieren oder auf andere Weise in Bezug auf sie zu handeln, die dieser Person Beschäftigungsmöglichkeiten vorenthalten oder ihre Beschäftigungsmöglichkeiten einschränken oder ihren Status auf andere Weise nachteilig beeinflussen würde, wenn die Person Mitglied der Organisation ist oder wenn sich eine der Verpflichtungen der Organisation gemäß einem Tarifvertrag auf die Person bezieht.

Belästigung 14. (1) Es ist eine diskriminierende Praxis, (a) bei der Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen, Einrichtungen oder Unterkünften, die üblicherweise der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, (b) bei der Bereitstellung von Geschäftsräumen oder Wohnraum oder (c) in Beschäftigungsfragen eine Person aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes zu belästigen. Sexuelle Belästigung (2) Ohne Einschränkung der Allgemeingültigkeit von Absatz (1) gilt sexuelle Belästigung für die Zwecke dieses Absatzes als Belästigung aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes.

Kanadische Bill of Rights

Das Parlament von Kanada bekräftigt, dass die kanadische Nation auf Grundsätzen beruht, die die Vorherrschaft Gottes, die Würde und den Wert des Menschen und die Stellung der Familie in einer Gesellschaft freier Menschen und freier Institutionen anerkennen; bekräftigt außerdem, dass Menschen und Institutionen nur dann frei bleiben, wenn die Freiheit auf der Achtung moralischer und spiritueller Werte und der Rechtsstaatlichkeit beruht; und ist bestrebt, diese Grundsätze und die daraus abgeleiteten Menschenrechte und Grundfreiheiten in einer Bill of Rights zu verankern, die den Respekt des Parlaments vor seiner verfassungsmäßigen Autorität widerspiegelt und den Schutz dieser Rechte und Freiheiten in Kanada gewährleistet.

Anerkennung und Erklärung der Rechte und Freiheiten 1. Hiermit wird anerkannt und erklärt, dass in Kanada ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, nationaler Herkunft, Hautfarbe,

Religion oder Geschlecht die folgenden Menschenrechte und Grundfreiheiten bestanden haben und weiterhin bestehen werden, nämlich (a) das Recht des Einzelnen auf Leben, Freiheit, persönliche Sicherheit und Eigentumsbesitz sowie das Recht, diese Rechte nur in einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren entzogen zu bekommen; (b) das Recht des Einzelnen auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf Schutz durch das Gesetz; (c) Religionsfreiheit; (d) Meinungsfreiheit; (e) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und (f) Pressefreiheit.

Die Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten

Ein Teil der kanadischen Verfassung schützt die Bürger vor Menschenrechtsverletzungen. Die Gesetze legen die Werte fest, nach denen die Kanadier leben, und beschreiben die persönlichen Menschenrechte und Freiheiten, die die Bürger in diesem Land erwarten können. Dazu gehören:

•Das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit
•Gewissens- und Religionsfreiheit
• **Gedanken-,** Glaubens-, Meinungs- und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit de Presse und anderer Medien
•Freiheit, friedliche Versammlungen abzuhalten
•Freiheit, Gruppen beizutreten
•Schutz vor unangemessener Durchsuchung oder Beschlagnahme sowie ungerechtfertigter Festnahme und Inhaftierung
•Das Recht, als unschuldig zu gelten, bis die Schuld bewiesen ist
•Das Recht, unverzüglich einen Rechtsanwalt zu beauftragen und zu beauftragen
•Das Recht auf ein faires Verfahren im Rahmen eines ordnungsgemäßen Gerichtsverfahrens
•Das Recht auf gleichen Schutz und gleiche Leistungen durch das Gesetz, ohne Diskriminierung

Gesetz über den kanadischen Sicherheitsnachrichtendienst

Aufgaben des Überprüfungsausschusses 38. (b) die Durchführung von Überprüfungen gemäß Abschnitt 40 zu veranlassen oder Überprüfungen durchzuführen; und (c) Untersuchungen durchzuführen in Bezug auf (i) Beschwerden, die gemäß den Abschnitten 41 und 42 an den Ausschuss gerichtet werden, (ii) Berichte, die gemäß Abschnitt 19 des Staatsbürgerschaftsgesetzes an den Ausschuss gerichtet werden, und (iii) Angelegenheiten, die gemäß Abschnitt 45 des kanadischen Menschenrechtsgesetzes an den Ausschuss verwiesen werden.

Quelle:

Website zu Justizgesetzen

Strafgesetzbuch (RS, 1985, c. C-46)

Gesetz über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (2000, c. 24)

Kanadische Bill of Rights (1960, c. 44)

Kanadisches Menschenrechtsgesetz (RS, 1985, c. H-6)

Datenschutzgesetz (RS, 1985, c. P-21)

VERWANDTE LITERATUR:

Julianne McKinney über Belästigung durch Mikrowellen und Experimente zur Gedankenkontrolle – Interview mit Greg Syzmanski (Video)

Projekt zur elektronischen Überwachung

McKinneys Brief an Präsident Clinton und seine Antwort

Krieg zu Hause von Brian Glick

MOBBING IST...

Cointelpro 101

Nachbarschaftspolizei: Die Gemeinschaft mit eiserner Faust streicheln

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

David Lawsons Untersuchung zum organisierten Stalking

Tobys Akt

HINWEIS ZUR FAIREN NUTZUNG: Diese Website enthält urheberrechtlich geschütztes Material, dessen Nutzung nicht immer ausdrücklich vom Urheberrechtsinhaber genehmigt wurde. Wir stellen dieses Material zur Verfügung, um das Verständnis für Fragen der Strafjustiz, der Politik, der Menschenrechte, der Wirtschaft, der Demokratie, der Wissenschaft und der sozialen Gerechtigkeit zu fördern. Wir sind der Ansicht, dass dies keine Verletzung des Urheberrechts darstellt, da die Fair-Dealing-Klauseln des kanadischen Urheberrechtsgesetzes den Nutzern bestimmte Aktivitäten im Zusammenhang mit Recherche, Selbststudium, Kritik, Rezensionen oder Berichterstattung ermöglichen. Wir bemühen uns nach Kräften, die Quelle des Materials zusammen mit dem Namen des Autors, Interpreten, Herstellers oder Senders zu nennen, um die faire Nutzung gemäß den zulässigen Klauseln zu gewährleisten. Weitere Informationen finden Sie unter: Wikipedia: Fair Dealing Canada

"MIND CONTROL" IS ACTUALLY ONLY ONE SPECIFIC PART OF THE FULL CRIME:

